

Länderbericht 2023 zu ZIMBABWE

Republik Simbabwe

Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit waren stark eingeschränkt, insbesondere während der Wahlperiode. Mitglieder der Opposition oder Oppositionelle oder mit ihr verbundene Personen trugen die Hauptlast der weitreichenden Unterdrückung von Dissidenten, einschließlich willkürlicher Verhaftung und Verfolgung. Neue Gesetze führten weitere Einschränkungen und harte Strafen für Aktivisten und Kritiker ein. Zivilpolizisten entführten politische Aktivisten, folterten sie und töteten einen Mann. Mindestens ein Aktivist wurde Berichten zufolge von Anhängern der Regierungspartei getötet. Die Behörden ergriffen Maßnahmen, um die Ausbreitung von Cholera zu kontrollieren, die mindestens 100 Menschen tötete und Tausende Menschen infiziert hatte. Frauen und Mädchen wurde ihr Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit verweigert. Neue Gesetze haben dem Schutzbedürfnis von Kindern in gewisser Weise Rechnung getragen.

HINTERGRUND

Präsident Emmerson Mnangagwa gewann eine zweite Amtszeit bei den Parlamentswahlen, die am 22. und 23. August stattfanden, und bei denen die Wähler auch die Abgeordneten und Vertreter der lokalen Behörden gewählt haben.

UNTERDRÜCKUNG VON DISSIDENTEN

Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit waren weiterhin bedroht, insbesondere während der allgemeinen Wahlperiode. Mitglieder der wichtigsten Oppositionspartei, der Bürgerkoalition für den Wandel (CCC), waren die Hauptziele der Repressionen. Etwas mehr als einen Monat vor dem Wahltag unterzeichnete der Präsident das Gesetz zur Änderung des Strafrechts (Kodifizierung und Reform) Amendment Act, 2022. Es erfüllte nicht die Anforderungen an die Rechtmäßigkeit, Verhältnismäßigkeit und Erfordernisse in Bezug auf die Verhängung von Strafen durch die Behörden, Strafen wie den Verlust der Staatsbürgerschaft und der Todesstrafe gegen Menschen, die lediglich ihre Menschenrechte friedlich ausüben. Es erhöhte das Risiko willkürlicher Verhaftungen gegen Personen, die abweichende Meinungen vertreten und enthielt übermäßig weit gefasste Bestimmungen die die Teilnahme an Versammlungen kriminalisierten.

Die Studenten der Universität Simbabwe Benjamin Watadza, Emmanuel Chitima, Comfort Mpfu, Lionel Madamombe, Gamuchirai Chaburumunda und Darlington Chigwena wurden alle zu unterschiedlichen Zeiten zwischen dem 17. Mai und dem 8. Juni verhaftet, weil sie an einem friedlichen Protest in der Hauptstadt Harare teilnahmen. Sie demonstrierten gegen die anhaltende Inhaftierung und weitere Verfolgung von Oppositionspolitikern, darunter Job Sikhala (siehe unten, willkürliche Inhaftierung und unfaire Gerichtsverfahren). Sie wurden wegen ungebührlichen Verhaltens gemäß Abschnitt 41 des Strafrechtsgesetzes (Kodifizierung und Reformgesetz) angeklagt und an verschiedenen Tagen zwischen dem 5. und dem 24. Juli aus der Haft entlassen.

Am 23. August verhafteten Vertreter der Sicherheitskräfte willkürlich etwa 40 Mitarbeiter von den zivilgesellschaftlichen Organisationen Election Resource Centre und des Zimbabwe Election Support Network. Die Verhaftungen standen in Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Berichts des Zimbabwe Human Rights NGO Forum, anlässlich der von ihm beobachteten Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen am 23. August. Nach ihren Verhaftungen beschlagnahmte die Polizei ihre Handys und zwang sie drei Stunden lang, mit dem Gesicht dem Boden zugewandt, dazuliegen. Sie wurden zwei Tage lang auf dem zentralen Polizeirevier in Harare festgehalten; ihnen wurde der Zugang zu ihren Anwälten oder Familienangehörigen verwehrt, entgegen den Bestimmungen der Verfassung und internationalen Standards der Fairness. Am 25. August wurden sie angeklagt wegen Verstoßes

gegen Abschnitt 66 des Wahlgesetzes in Verbindung mit dem Criminal Law (Kodifizierung und Reform) und gegen eine Kaution von jeweils 200 USD freigelassen. Die Behörden behaupteten, sie hätten versucht, die Wahlergebnisse vor der offiziellen Bekanntgabe der Wahlkommission zu verkünden. Mutmaßliche staatliche Agenten waren verantwortlich für eine Reihe von Entführungen von CCC-Aktivisten während und nach den Wahlen. Am 26. August stürten Zivilbeamte eine CCC-Konferenz und versuchten, den Parteisprecher Promise Mkwanzu zu verhaften. Es folgte eine Reihe von Entführungen, wiederum durch angebliche staatliche Agenten, darunter das Stadtratsmitglied Womberaiische Nhende und sein Freund Sonele Mukhuhani, die gefoltert wurden, bevor sie am 2. September am Stadtrand von Harare ausgesetzt wurden. Am 23. Oktober wurde James Chidhakwa entführt, gefoltert und eine Spritze mit unbekannter Substanz injiziert; Takudzwa Ngadziore wurde am 1. November entführt; und Tapfumane Masaya wurde am 11. November entführt. Seine Leiche wurde in Cleveland, Harare am 13. November gefunden.

WILLKÜRLICHE VERHAFTUNGEN UND UNFAIRE GERICHTSVERFAHREN

Die willkürliche Verhaftung und Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern, Mitgliedern und Anhängern der politischen Opposition, Aktivisten, Journalisten und anderen Personen, sowie Andersdenkende. Die Behörden missbrauchten das Justizsystem, um friedliche Dissidenten zum Schweigen zu bringen. Am 5. April wurde Fadzayi Mahere, eine CCC-Abgeordnete und ehemalige Parteisprecherin, wegen Veröffentlichung oder Weitergabe falscher Aussagen zum Nachteil des Staates gemäß 31 des Strafrechtsgesetzes (Reform und Kodifizierung) Kodifizierungsgesetz zu einer Geldstrafe von 500 USD verurteilt, nachdem sie im Januar 2021 ein Video veröffentlicht hatte, in dem eine Frau mit einem Polizeibeamten kämpft, während sie ein regungsloses Baby hält. Fadzayi Mahere stellte sich am 11. Januar der Polizei und wurde sieben Tage lang festgehalten, bevor sie von einem Richter in Harare gegen Kaution freigelassen wurde. Am 28. April wurde Jacob Ngarivhume, der Vorsitzende der Oppositionspartei Transform Simbabwe, zu einer Haftstrafe von 48 Monaten verurteilt, von denen 12 Monate zur Bewährung ausgesetzt wurden. Er war im Juli 2020 verhaftet worden wegen der Leitung und Organisation von Anti-Korruptionsprotesten im selben Monat. Ihm wurde vorgeworfen, zu Gewalt angestiftet zu haben, indem er über seinen Twitter (jetzt bekannt als X) zu öffentlichen Protesten aufrief, die schließlich von den Sicherheitskräften unterdrückt wurden. Am 11. Dezember 2023 wurde er in der Berufung freigesprochen, nachdem er acht Monate im Gefängnis verbracht hatte.

Job Sikhala, ehemaliger CCC-Abgeordneter für den Wahlkreis Zengeza West, wurde am 3. Mai von einem Amtsgericht am 3. Mai wegen „Behinderung der Justiz“ fast ein Jahr nach seiner Verhaftung im Juni 2022 zu einer Geldstrafe von 600 USD verurteilt. Am 28. November wurde er in der Berufung freigesprochen, blieb aber in Harare im Chicurubi Maximum Security Gefängnis, in Erwartung seines Prozesses wegen Aufstachelung zur Gewalt und ungebührlichen Verhaltens. Die Anklage bezieht sich auf eine Rede, die er auf der Totenwache von Moreblessing Ali gehalten hatte, die angeblich von einer Gruppe der Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (ZANU-PF) im Jahr 2022 mißhandelt wurde. Ihre Leiche wurde drei Wochen später gefunden. Am 15. August wurden 40 CCC-Aktivisten nach einer Wahlkampfveranstaltung in Machipisa in Highfields, einem Township in Harare, festgenommen. Sie wurden angeklagt wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen des Gesetzes zur Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung und gegen Kaution am 24. August freigelassen. Am 4. September verhafteten die Behörden Doug Coltart und Tapiwa Muchineripi, von Zimbabwe Lawyers for Human Rights, weil sie die Polizei darauf hingewiesen hatten, dass ihre Mandanten, Womberaiische Nhende und Sonele Mukhuhani, in schlechtem Gesundheitszustand waren und nach ihrer Entführung durch Regierungs-Kader gefoltert wurden (siehe oben, Unterdrückung von Dissidenten). Die Anwälte wurden wegen „Behinderung der Justiz“ angeklagt, und am 5. September gegen Kaution vom Harare Magistrates Gericht freigelassen und aufgefordert sich wöchentlich auf

dem zentralen Polizeirevier von Harare zu melden.

RECHTSWIDRIGE ANGRIFFE UND TÖTUNGEN

Tinashe Chitsunge, ein CCC-Aktivist, wurde Berichten zufolge von ZANU-PF-Kadern in Glen View South, Harare, am 3. August gesteinigt. Es wird angenommen, dass er angegriffen wurde, als er versuchte, vor einem Mob der ZANU-PF zu fliehen, der bei einer Kundgebung Aktivisten der Opposition angriff. Der CCC-Aktivist Vutisani Mushiya wurde in ein Krankenhaus in Chiredzi eingeliefert, nachdem er in Chiredzi South am 4. August von mutmaßlichen ZANU-PF-Anhängern angegriffen wurde. Er behauptete, dass er aus Vergeltung für seine Weigerung angegriffen wurde, als Vorsitzender des Bewässerungssystems Chilonga in Chiredzi South zu kündigen, nachdem ein ZANU-PF-Parlamentskandidat versucht hatte, ihn dazu zu zwingen.

RECHT AUF GESUNDHEIT

Das Land kämpfte mit einem Choleraausbruch, der in erster Linie auf einen gravierenden Mangel an sauberem Wasser zurückzuführen war. Bis Ende September wurden fast 7.000 neue Verdachtsfälle registriert, und am 9. Oktober war die Zahl der Todesopfer auf 100 angestiegen. Simbabwe ist mit wiederkehrenden Choleraausbrüchen konfrontiert, die durch Armut und unzureichende Infrastruktur verursacht werden. In der Stadt Chitungwiza waren wegen Wasserknappheit die Einwohner gezwungen, sauberes Wasser in Flaschen zu kaufen. Lokale Aktivisten forderten die Regierung zum Eingreifen auf und wiesen auf die übermäßige Belastung der lokalen Behörden hin. Sie forderten einen besseren Zugang zu Wasser und wiesen auf die hohen Kosten für Aufbereitungskemikalien hin. Da die Zahl der Cholerafälle, Probleme bei der Abwasserentsorgung und die ineffiziente Müllabfuhr zusätzliche Herausforderungen darstellten, war zu befürchten, dass sich die Krise mit der nahenden Regenzeit verschärft. Das Versprechen von Präsident Mnangagwa während seines Wahlkampfes im Juli, ein landesweites Programm zur Bohrung von besserem Zugang zu sauberem Wasser zu gewährleisten, blieb weitgehend unerfüllt, wegen chronischer historischer Unterinvestitionen und aufgrund des Wohlstandsgefälles.

RECHTE VON FRAUEN UND MÄDCHEN

Die Regierung hat es verfehlt, umfassende Maßnahmen zur Vorbeugung und zur Behandlung der an einer Geburtsfistel leidenden Menschen zu ergreifen. Insbesondere hat sie keine angemessenen politischen Maßnahmen ergriffen oder für eine angemessene Finanzierung der Gesundheit von Müttern gesorgt, obwohl dies von zivilgesellschaftlichen Organisationen gefordert wurde und obwohl das Thema im Parlament eine Angelegenheit von nationaler Bedeutung ist. Lücken im rechtlichen Rahmen in Bezug auf Zugang zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und reproduktiven Gesundheitsdiensten für Jugendliche blieben bestehen. Das Parlament versäumte es weiterhin, die notwendigen Änderungen am Gesetz über die öffentliche Gesundheit vorzunehmen, um Gesundheitspersonal zu erlauben, sexuelle und reproduktive Gesundheitsdienste für Heranwachsende ohne die Zustimmung der Eltern zu erbringen. Hinzu kommen die unerschwinglichen Kosten für grundlegende Gesundheitsdienste für viele Frauen und Mädchen. Es wurde versäumt, spezifische adäquate Richtlinien zu erstellen. In den Schulen fand keine umfassende Sexualerziehung statt. Schwangerschaften im Teenageralter waren weiterhin weit verbreitet, mit 108 Lebendgeburten pro 1.000 Frauen und Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren. Das Versprechen der Regierung, diese Zahl bis 2022 auf 100 pro 1.000 Frauen bis 2022 zu senken, blieb auch im Jahr 2023 unerfüllt. Die Müttersterblichkeit blieb hoch, mit 462 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten, nach den jüngsten Statistiken des UN-Bevölkerungsfonds. Kinderheirat war weit verbreitet. Schätzungsweise 33 % der Frauen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren wurden vor ihrem 18. Lebensjahr erstmals

verheiratet.

Die Wahlergebnisse vom August brachten keinen wesentlichen Anstieg von Frauen in Führungspositionen. Nur sechs der 26 Kabinettsmitglieder im September waren Frauen. Von den 70 Frauen, die zur Wahl für die Nationalversammlung kandidierten, waren nur 22 erfolgreich, im Vergleich zu 637 Männern.

RECHTE DER KINDER

Am 19. Juli wurde das Gesetz zur Änderung der Kinderrechte Nr. 8 von 2023 in Kraft gesetzt. Positive Bestimmungen umfassen die Streichung aller Klauseln die alle Personen unter 18 Jahren als Jugendliche bezeichnen, sondern stattdessen im Einklang mit der Verfassung als Kinder.